

Das „virtuelle SOL“ 137v ist die Ergänzung zum Heft SOL Nr. 137, das in gedruckter Form vorliegt (Bestellungen unter www.nachhaltig.at) und unter www.nachhaltig.at/SOL137.pdf zum Download bereitsteht.

Das virtuelle SOL enthält Artikel, die aus Platzgründen nicht ins gedruckte Heft kommen konnten.

Umbau eines destruktiven Wirtschaftssystems: Was soll schrumpfen, was nicht?

Erich Kitzmüller

Seit Jahrzehnten zum ersten mal öffnet sich die Chance, einen Schritt zum friedlichen und produktiven Zusammenleben zu gehen: Wirtschaft als Dienst am gut-leben, Dienst am Gemeinwohl. Und zu diesem Zweck eine auf ihre sinnvolle Funktion geschrumpfte, regulierte Finanzindustrie als Dienst an der Realwirtschaft.

Die Chance des Augenblicks, das ist die Kehrseite der Finanz- und Wirtschaftskrise: eine breite und massive Erschütterung der bisherigen Selbstverständlichkeiten, wozu und wohin Wirtschaft gehen soll. Erschütterung in verschiedensten Milieus, auch und gerade bei Eliten.

Erschüttert ist das bisher Selbstverständliche: Private Bereicherung als Weg zu Wohlstand und Friede? Fortgesetzte Ausdehnung, beschönigend „Wachstum“ genannt, als Garantie für Wohlstand und Friede? Das war bisher die Grundnorm der Politik, weil es die Grundnorm des Wirtschaftens war, und weil eine quantitativ expandierende Wirtschaft angeblich unser Schicksal sei. Jetzt hat das massive, ungewollte Schrumpfen dieses Paradigma erschüttert. Vielleicht nur für einen historischen Augenblick. Die Erschütterung garantiert für nichts. Doch sie öffnet eine Chance. Auf diese Chance hinzudenken, das ist das Thema. Ein anderes Paradigma kann gewählt werden: Wirtschaft als Dienst am gut-leben. Was heißt das: gut leben? Unterschiedliche Personen, Milieus werden das unterschiedlich sehen. Daraus ergibt sich die praktische Frage: Welche Auseinandersetzungen, Vereinbarungen, Institutionen, Friedensschlüsse sind fällig?

Die Veranstalter haben für diesen Abend „Tiefenbohrungen“ angekündigt. In einem anderen Bild: es geht darum, einen Schritt zur Seite zu gehen, die Perspektive zu wechseln, mit unbefangenen Blick das scheinbar Selbstverständliche neu anzuschauen und sich neu zu orientieren.

Die Finanzkrise hat vielleicht ihren Höhepunkt schon erreicht (sind „nur“ 3.000 Milliarden Euro Vermögen vernichtet, oder sind es 4.000?). Jetzt ist es weniger die

Finanzkrise, sondern mehr noch die begonnene Schrumpfung der gewöhnlichen Wirtschaft, der Realwirtschaft, die Lebenspläne und Unternehmensplanungen erschüttert. So schlimm die schon eingetretenen und voraussichtlich noch drohenden Verluste auch sind: Jedenfalls scheint der große Zusammenbruch diesmal auszubleiben.

Der „Kampf gegen die Wirtschaftskrise“

Angesagt ist der „Kampf gegen die Wirtschaftskrise“. Eine Parallele zum „Kampf gegen Terror“ – in beiden Strategien geht es nicht um das Ausräumen der Ursachen von Terror und Finanzkollaps, sondern um publikumswirksames Losschlagen auf Symptome. Also Rettungspakete zuerst für Banken, dann für die Autoindustrie, demnächst für alle, die starke lobbies aufbieten können – und eben nicht für die vielen betroffenen „Kleinen“.

Wer zahlt für den „Kampf gegen die Wirtschaftskrise“? Das entscheidet sich an den Machtverhältnissen, das heißt, für dieses mal ist es schon entschieden. Gezahlt wird einerseits in Geld, vor allem aber in Lebenschancen. Zahlen werden die künftigen Steuerzahler, also nicht die Reichen und Begüterten – sie zahlen ja schon bisher nahezu nichts, jedenfalls in Österreich. Wie immer zahlt die Mehrheit, der Mittelstand (den es angeblich gar nicht gibt). Und besonders schmerzhaft zahlt, wer auf Transfers angewiesen ist.

Zuletzt werden wir alle zahlen, und das doppelt: einmal durch die Geldentwertung, die das einzige Mittel ist, die unerträglich hohe Verschuldung zu vermindern. Oder gar durch den Verfall der Währung, den Geldumtausch, der mit den großen Schulden auch die Vermögen vieler vernichten wird?

Noch höher ist der andere Preis: vor allem werden wir zahlen durch das folgerichtige, wenn auch ganz und gar nicht gewollte Schrumpfen der gemeinsamen Güter, von Gesundheit und Schule bis zum Schrumpfen unseres ökologischen Reichtums. In all dem zahlen wir und werden wir zahlen nicht allein in Geld sondern in

Lebenschancen. Junge Menschen ohne Berufschancen überschreiten schon jetzt diese Schwelle.

Noch schlimmere, nachhaltigere Folgen drohen. Die benachteiligte Milliarde an Menschen in anderen Kontinenten stürzt tiefer ins Elend, weitere Millionen verhungern. Aber das hat die Eliten in den reichen Ländern schon bisher nicht beunruhigt. Nun, das kann sich ändern, sobald – zwar nicht die am meisten Verelendeten, aber – die am meisten Gedemütigten die Sprache wählen, die auch in den Heimatländern der Demütigung und Ausplünderung, also in OECD-Land verstanden wird: die Nicht-Sprache der Gewalt. Ob als Krieg, substaatliche Gewalt, Terror oder gewaltsame Wanderung, millionenfach. „Festung Europa“ als Antwort?

Schneller könnte der soziale Friede in den reichen Ländern selber brechen. Ohne sozialen Frieden (ohne den Anschein davon) wird Private Bereicherung teurer, und das in verschiedenen „Währungen“, nicht nur in Geld. Die Ahnung davon (oder ist es Einsicht?) rührt sich in einigen Milieus, auch bei Eliten. Das ist Teil der Erschütterung, von der ich sprach, Teil der Chance.

Die Suche nach Schuldigen

Der drohende Zerfall des sozialen Zusammenhalts, davon ist erstaunlicherweise an der Oberfläche jetzt noch wenig zu spüren. Zwei andere Themen bestimmen den öffentlichen Diskurs. Das eine ist die Suche nach Schuldigen.

Sie werden natürlich gefunden, es ist die Gier, die gierigen Banker. In jeder Krise möchte das Publikum Sündenböcke vorgeführt bekommen, so auch angesichts der Finanzkrise. Der Hauptsündenbock heißt „Gier“.

Fatalerweise eignen sich auch Banken und Bankenaufsicht, so sehr hier Kritik angebracht ist, zum Sündenbock. Doch bei dieser einseitigen Schuldzuweisung ist ein Rückschlag vorprogrammiert. Denn jede weitgreifende Wirtschaft braucht Geld, also Kredit, also Schulden, also Banken. Auch eine entstehende Solidarwirtschaft in ihren vielfältigen, räumlich besser überschaubaren Initiativen, etwa regionale Tauschkreise, wird wohl mit Banken lange koexistieren müssen (dürfen). Was jetzt unter dem Titel „Regulierung“ läuft, hat oft den Inhalt: „macht den gierigen Bankern das Leben schwer!“ Die aufflackernde Publikumslust daran dürfte jedoch bald wieder uncool erscheinen; und sie lenkt ab.

Abgelenkt wird von den Machtverhältnissen, die sich in Spielregeln und Spielfeldern verkörpern. Und damit bin ich bei der ersten der angekündigten Tiefenbohrungen: Wirtschaft ist nichts wirtschaftliches, ist nicht eine Sache von Gütern, Diensten, Preisen, optimaler Allokation usw. In erster Linie ist Wirtschaft Teil der Politik und Teil der Kultur.

Der aktuelle Beweis dafür ist die Finanzkrise. Sie war die systemgemäße Folge der Blase, und die Blase wurde ermöglicht durch ein in den letzten 30 Jahren politisch durchgesetztes Programm: Entfesselung der Finanzindustrie, Deregulierung, Privatisierung, Schwä-

chung des Staates, und Mobilisierung aller Kräfte auf die Ausdehnung der Finanzindustrie, das heißt: auf unbegrenzt ausgedehnte private Bereicherung.

Das bedeutet für die Suche nach Antworten, nach Alternativen zum gegenwärtigen System: Antworten werden politisch sein, und nur ergänzend auch eine ökonomische Antwort.

Das gängige Reden von der Gier lenkt ab von den Machtverhältnissen, die sich in Spielregeln und Spielfeldern verkörpern. Nicht einzelne Fehler, nicht die „Gier“ einiger Manager haben uns in die ungewollte, folgenschwere Schrumpfung gestoßen. Entscheidend ist die Vorherrschaft der Finanzindustrie über alle Felder des Lebens und der Kultur.

Blasen und ihr Platzen: Folgen eines politischen Programms

Die eben an den Höhepunkt kommende Finanzkrise ist Folge eines politischen Programms. Entscheidend sind politisch durchgesetzte Spielregeln, welche die Gier belohnen, ja nahezu erzwingen. Damit wurde das Verhältnis zwischen Finanzsphäre und der gewöhnlichen Wirtschaft (meist „Realwirtschaft“ genannt) radikal verschoben.

Damit hier kein Missverständnis aufkommt: Alle schlimmen Entwicklungen, das Ausplündern anderer Kontinente, die Naturzerstörung, das Festhalten am unnötigen Arbeitszwang und dem offenbar untauglichen Arbeitsmarkt – all das geschieht in der Realwirtschaft. Da macht kein Banker, kein Investor sich die Hände schmutzig. Aber...

Aber: Die Realwirtschaft ist immer weniger an den vielfältigen Interessen der Beteiligten, an Stakeholdern ausgerichtet. Allein die höhere Bereicherung in der Finanzindustrie zählt. Grosse Industrieunternehmen sind verwandelt in Investmentzentren mit angeschlossener Produktionsabteilung. Wetten sind zum Hauptgeschäft der Finanzindustrie gemacht worden, damit ließ sich mehr und schneller Geld vermehren als durch schnödes Produzieren und Handeln mit gewöhnlichen Waren. Eben deswegen musste aus der Finanzkrise die schwere Wirtschaftskrise werden.

Die gegenwärtig populäre Kritik, soweit sie überhaupt über das Fehlverhalten kleiner Gruppen und Einzelner hinausgreift, möchte einige Spielregeln ändern; das ist gut so; und inhaltlich längst vorgedacht. Aber die vorgeschlagenen besseren Inhalte sind Eisenspänen gleich, die sich im Magnetfeld Macht ausrichten; zumeist anders, als die Verfechter inhaltlicher Änderungen meinen oder möchten.

Und damit noch ein mal zurück an die Oberfläche. Neben der Suche nach der Gier als Krisenerklärung ist der öffentliche Diskurs von einer anderen Denkfigur bestimmt. „durchtauchen“ ist die Parole. Denn, so wird gesagt: „Der nächste Aufschwung kommt bestimmt.“ Stimmen werden lauter, es sollten die selben Manager mit denselben Spielregeln weiter das selbe Ziel verfolgen: beschleunigte maximale Vergrößerung von Geld-

vermögen. Ungeniert erklärt ein Spitzenbanker, 25% Rendite müsse die Norm sein. Doch das ist eine Gefährliche Drohung.

Die nächste Blase und ihr Platzen werden wir uns nicht leisten können

Die nächste grosse Krise beginnt eben jetzt. Jetzt wird von den potenten Investoren der Grundstein ihrer künftigen Vermögensblähung gelegt. Der größeren Blase wird ein dann noch größeres Platzen folgen.

Aus drei Gründen wird eine nächste Finanzkrise noch schwerere weltwirtschaftliche Folgen haben.

Diesmal ist die zentrale Ressource des Wirtschaftens, Vertrauen, noch nicht völlig vernichtet worden. Die Banker untereinander und die kleinen möchte-geren-Investierer haben Vertrauen verloren, das schon. Aber Geld gilt weiterhin, also wird es Kredit und Verschuldung geben, also gibt es eine wirtschaftliche Zukunft auch jenseits bloßer Subsistenz. Und private Bereicherung bisherigen Stils und bisheriger Destruktivität kann weitergehen – eben das ist mit der Parole „Durchtauchen bis zum nächsten Aufschwung“ gemeint. Aber das Platzen einer nächsten spekulativen Blase kann das radikal ändern.

Es kann, es wird schlimmer kommen. Alles entscheidet sich an dem, was üblicherweise „Vertrauen“ genannt wird. Vertrauen – die zentrale Ressource des Wirtschaftens und überhaupt eines friedlichen Zusammenlebens. In den bisherigen Finanzkrisen und auch diesmal sind zwar die Banker und einige große Investoren verunsichert. Aber die gewöhnlichen Menschen, Unternehmer, Konsumenten, Sparer sind zwar auch verunsichert und vielfach geschädigt, doch im alltäglichen Umgang mit Geld hat sich nichts geändert. Noch gilt Geld. Und solange Geld gilt, will sagen, solange viele Akteure glauben, dass Geld gilt, gilt Geld (eine typische Tautologie), und deswegen haben wir diesmal nicht den totalen Zusammenbruch.

Anders, sobald das Misstrauen nicht bloß die Operationen innerhalb des Finanzsektors trifft, sondern darüber hinaus die Geltung von Geld insgesamt. „Werden wir uns für Geld überhaupt etwas kaufen können?“ „Wird der Staat, werden die Staaten ihr Versprechen, für die Vermögen und Kredite zu haften, dann noch erfüllen (können)?“ Dann wird die Kehrseite des Geldes wirksam: Hat Geld bisher alle anderen Kräfte eines Zusammenhalts verdrängt und durch das „Vertrauen auf Geld“ ersetzt, so stürzt mit der Geltung des Geldes dann auch der Zusammenhalt der Gesellschaft ins Chaos.

Ein zweiter Grund, warum uns nächstens eine noch schlimmerer Zusammenbruch droht: Ein zentraler Faktor der Weltwirtschaft ist die Rolle des US-Dollars. Der Dollar könnte jedoch bald jedes Vertrauen verlieren. Die Geltung des Dollar ist weithin eine selbsterfüllende Prophezeiung, die jederzeit platzen kann. Das ist aus zwei Gründen wahrscheinlich: Das scheinbar nur sachlich-wirtschaftliche Vertrauen hängt letzten Endes an

der früheren militärisch begründeten Supermachtstellung der USA. Verkürzt gesagt: Weltweit hängt das Vertrauen in Geld letztlich an der US-Navy. Diese Machtstellung ist und war problematisch, sie ist angefochten (und nach ihrem Schwächerwerden ist damit keineswegs ausgemacht, dass wir dadurch dem Weltfrieden näher kommen!). Die Erosion der (militärisch gestützten) Vormachtstellung des Dollar wird verschärft durch die ungeheure Verschuldung der USA, sowohl der Privaten wie des Staates. Sobald die großen Investoren dem Dollar misstrauen (noch vor einer Zahlungsunfähigkeit der USA), bricht nicht allein das auf Kredite gegründete Wirtschaftsmodell der USA zusammen. Die unglückliche Rolle des Dollar als eine Art Weltgeld geht zu Ende. Dann kommt zur Finanzkrise jetzigen Typs noch die Krise der weltweiten Geldbeziehungen, die große Währungskrise.

Drittens werden wir uns eine nächste Finanzkrise nicht leisten können, weil die Naturzerstörung alle Kostenrechnungen und Gewinnerwartungen über den Haufen wirft. Daran zeigt sich: Wirtschaft ist nie nur etwas wirtschaftliches, sondern wesentlich ein politisches (und kulturelles) Geschehen. Die Naturzerstörung wird sogar für die gierigen Vermehrer von Privatvermögen zum alles überlagernden Problem werden; doch sie trifft alle, auch in den reichen Ländern: als Zusammenbruch der Reste von sozialem Frieden.

„Durchtauchen“ oder Systemwandel?

Durchtauchen zum nächsten Aufschwung? Das ist kein taugliches Rezept. Die Tiefenbohrungen ergeben, Wirtschaft ist Teil von Gewalt- und Machtverhältnissen. Die politisch durchgesetzte Dominanz der Finanzindustrie, der letzte Schub an Deregulierungen und Privatisierungen mündete in die große Blase, und die ist unvermeidlich geplatzt, mit der unvermeidlichen Folge der großen Schrumpfung. Und es kann, es wird schlimmer kommen.

Aber musste es so kommen? Muss es wieder so kommen, schlimmer kommen? Erst wenn wir diese Fragen verstehen, können wir eine realitätstaugliche Antwort auf den jetzigen Absturz geben.

Wie kommt es, dass dieses Wirtschaftssystem so ungeheuer produktiv und (was viele die längste Zeit vor sich ablegen wollten) so ungeheuer destruktiv geworden ist?

Es ist die Geschichte des Aufstiegs und Scheiterns einer bestimmten Variante des Ökonomismus. In allen Feldern der Kultur ist das zur allein entscheidenden Frage geworden: Bringt es mehr Bereicherung? Das nenne ich Ökonomismus. Davon gibt es mindestens drei Varianten.

Diskreditiert ist zum Glück die Zentralverwaltungs-Variante des Ökonomismus, als Herrschaft eines Politbüros oder Diktators; verbunden mit Ineffizienz, allgemeiner Schattenwirtschaft, politischer Sklerose. Diese Variante ist dauerhaft diskreditiert und braucht uns nicht länger zu beschäftigen. Allenfalls als Gespenst wird sie noch bemüht: „Sie sind Kommunist!“

heißt es, wenn unliebsame Analysen und Vorschläge aus den Debatten verbannt werden sollen; aber das schreckt immer weniger ab.

Unklar ist die Zukunft der zweiten Variante des Ökonomismus: autoritärer Kapitalismus, wie er sich als wahrscheinlich etwa in China oder Russland abzeichnet. Das war auch unsere jüngere Vergangenheit: als Kolonialismus, „Kampf um Lebensraum“, direkt gewaltförmige Ausplünderung der Schwächeren....

Durchgesetzt hat sich die dritte Variante des Ökonomismus: Der gegenwärtig siegreiche – und in der Krise spektakulär und folgenschwer scheiternde – libertäre Kapitalismus.

Aufstieg und Scheitern des libertären Kapitalismus

Warum der Aufstieg? Entscheidend war eine überlegene Gewalt-Regulierung. Wer mittels Ökonomie herrscht, herrscht bequemer und ist weniger anfechtbar als jede Herrschaft, die auf Befehl, auf religiöser oder politischer Knechtschaft beruht. Sie ist scheinbar friedlich, weil nur sachlich über Produktion und Handel begründet. Anonyme Herrschaft ist der direkten Gewalt überlegen. Die menschlichen Energien, das Begehren, werden kanalisiert und mobilisiert als Antriebsenergien des neuzeitlichen Wirtschaftens.

In diesem historischen Prozess ist die Rolle des Geldes bedeutsam: Nicht allein als Kapital, sondern als eine Art Zauberstab, mit dem Menschen ausgeschlossen oder einbezogen, Macht gesammelt und angewendet werden kann.¹

Geld entsteht buchstäblich aus nichts. Das gilt sowohl für das alltägliche Geld als Banknoten (die Emissionsbanken) wie für die Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken. Wenn behauptet wird, Geld beruhe auf Sachvermögen, auf Ersparnissen und Sicherheiten, so sind das systemgemäße Schutzbehauptungen; im Ernstfall zeigt sich: nur der Staat oder anders verfasste gesellschaftliche Macht garantiert für die Geltung des Geldes.

Geld ist „nichts“, ist „nur“ ein Medium. Doch wer im Medium Geld operiert, kann über Raum und Zeit ungeheure Wirkungen erzielen. Gewalt wird massiv kanalisiert in die private Bereicherung, ohne Rücksicht auf die Gemeingüter, also den Zustand der natürlichen und sozialen Umgebung.

Das beruht nicht auf den üblicherweise mit Geld angesprochenen Funktionen: zahlen, Wert aufbewahren, rechnen. Aber das eigentlich Wichtige am Geld ist Kredit und Verschuldung, also die legale Sicherheit, Schulden eintreiben zu können.

In diesem historischen Prozess ist personale Abhängigkeit verwandelt worden in oder ersetzt worden durch monetäre Abhängigkeit, Vertrauen ist ersetzt durch „Vertrauen in Geld“.

Geldwirtschaft ermöglicht und begünstigt Ausdehnung. Wer sich verschuldet, ist genötigt, mehr herauszuwirtschaften als nur die Kreditsumme. Sonst stürzt er ab. Der Zinsmechanismus ist einer der stärksten Antriebe für eine zunehmend selbstläufige, zunehmend destruktive Ausdehnung.

Und Geld funktioniert als Zutrittsschranke. Die Antwort: Noch mehr Geld! Daraus folgt zwar kein Zwang zu, aber eine Neigung zur uferlosen Geldvermehrung, eine „Gier-dynamik“, wie der Chefzyniker unter der Philosophen, Peter Sloterdijk sagt.

Ist das eine Verteufelung des Geldes? Keineswegs. Geld ist eine der großen Erfindungen der Menschheit. Nicht bloß als Zahlungsmittel. Sondern als das eigentliche Geld: es ermöglicht Kredit und Verschuldung und dadurch Zugriff auf Zukunft, über räumliche und soziale Distanz hinweg. Aber wie jede große Erfindung ist auch diese zweideutig im Gebrauch der Erfindung.

Die durchgehende Rationalisierung und Quantifizierung aller Lebensbereiche ermöglicht zwei parallele, aber gegensätzliche Fortschritte. Die Fülle der Waren wächst, zugleich verelendet das Gemeinwesen, verkümmern die gemeinsamen Güter. Mehr Reiche, mehr Arme. Über Geld organisierte Macht macht Wohlstand und macht Elend, soziales Elend, ökologisches Elend.

Nichts konnte die Menschheit zwingen, die Destruktivität stärker zu entwickeln als die Produktivität, doch eben das ist geschehen. Die jetzige Krise kann als Herausforderung aufgefasst werden, eine wünschenswerte Produktivität zu ermöglichen und zugleich die Destruktivität des Wirtschaftens drastisch zu verringern.

Umbau und gezieltes Schrumpfen

Die Wahl vor uns: Sollen die Gesellschaften und die Einzelnen sich weiter der Gierdynamik überlassen, dem Vorrang für private Bereicherung? Oder wird das Wirtschaftssystem umgebaut zum Konfliktfeld für ein gesellschaftliches Aushandeln, für wen und wofür investiert wird?

Über Jahrzehnte war dieses Vorhaben – Umbau und gezieltes Schrumpfen – jenseits des öffentlich Vorstellbaren. Ein machtvoll Vorurteil verhinderte es. Es seien nämlich die Unternehmen, es sei der Markt, der damit in Frage gestellt werde. Und ja, es waren die vielfältigen Unternehmen, jedes auf Markt bezogen, die den Wohlstand hervorbrachten. Sie allein wären imstande, so die gängige Überzeugung, auch in Zukunft Wohlstand zu erzeugen. Dieses Vorurteil ist in der jetzigen Krise erschüttert. Ausgerechnet die Speerspitze des Unternehmertums, ausgerechnet der Inbegriff des Segenbringenden Marktes, Banken und Börsen, sind die Urheber des größten Niedergangs seit Jahrzehnten. Nur das Außerkraftsetzen des Marktes, nur der Eingriff des Staates verspricht, die Notleidenden Banken „zu retten“. Banken können nicht unabhängig vom Staat

(1) Erich Kitzmüller und Herwig Büchele, Das Geld als Zauberstab und die Macht der internationalen Finanzmärkte, Wien: LIT Verlag, 2005.

existieren, Märkte brauchen Instanzen außerhalb und unabhängig vom Markt, die ihn, indem sie ihn regulieren, erst funktionsfähig machen.

Die Rolle von Markt und Unternehmen ist neu und differenzierter zu bestimmen. Zunächst: Unternehmen sind jenseits bloßer Subsistenz die beste Organisationsform des Wirtschaftens, und dies nahezu unabhängig davon, ob Staat oder Private oder Körperschaften der Zivilgesellschaft Eigentümer sind. Im Vergleich zu jeder Form bürokratischer Rationierung oder Befehlswirtschaft ist unternehmerische Wirtschaft besser auf das Gemeinwohl auszurichten.

Wer Unternehmen will, will Markt. Doch hier ist ein verhängnisvolles Missverständnis erzeugt worden, denn Markt ist nicht gleich Markt. Wenn gesagt wird „Wir brauchen den Markt!“ ist dagegen zu fragen: „Ja, aber welchen Markt?“ Ein banales Beispiel: Wie sollen Lebensmittel gehandelt werden? Auf lokal und sachlich begrenzten Märkten? Oder über „Chikago“ (die Getreidebörse stellvertretend für die weltweit den Handel bestimmenden Rohstoff- und Agrarbörsen)? Der Unterschied: Auf dem lokalen Markt wird nicht allein über Preise verhandelt, die Marktparteien begegnen sich nicht als shareholder sondern als stakeholder und annähernd auf gleicher Augenhöhe, und der Markt ist hinreichend staatlich reguliert. Im krassen Gegensatz dazu sind die Marktparteien in „Chikago“ nur shareholder und nichts sonst, und die von „Chikago“ Betroffenen – etwa brasilianische Sojabauern, die für billiges Rindfleisch in Europa sich schinden, ebenso die Konsumenten der Agrarindustrie, existieren auf dieser Art Markt als handelnde Personen gar nicht.

Zwei Schlussfolgerungen. Erstens, es gibt nützliche und schädliche Märkte, und das hängt ab von Machtverhältnissen und von der staatlichen Ordnung. Nützlich für das Gemeinwohl ist ein Markt, auf dem für annähernde Machtgleichheit, Durchsichtigkeit und Regulierung gesorgt ist. Zweitens, Markt ist nicht gleich Marktwirtschaft. Illustriert am gewählten Beispiel: der lokale Markt ist Werkzeug, nicht das Prinzip des Handels mit Lebensmitteln. „Chikago“ ist zwar auch Werkzeug, aber nur zwecks privater Bereicherung für die großen Akteure, mit der Besonderheit, dass diese Art Markt zum Prinzip jeglicher Wirtschaft erhoben wurde. „Chikago“ verallgemeinert zur Marktwirtschaft.

Tatsächlich ist zu fragen: Gab es je und gibt es real überhaupt so etwas wie Marktwirtschaft? Die transnationalen Konzerne sind nicht über den Markt, sondern über Befehlssysteme organisiert. Alle Unternehmen bauen auf gratis erbrachten Vorleistungen auf, die Arbeitskräfte, die natürlichen und kulturellen Ressourcen. Und ohne Staat keine funktionierenden Banken.

Also ist zu unterscheiden: Märkte sind auch in einer auf das Gemeinwohl steuernden Wirtschaft weithin nützlich, jedoch als Werkzeug, nicht als Prinzip des Wirtschaftens, nicht als Chimäre einer „Marktwirtschaft“. Wer fallweise bestimmte „eingebettete“ und geregelte Märkte begrüßt, ist nicht deswegen gezwungen, für „Marktwirtschaft“ einzutreten.

Die Befürworter einer „sozialen, oder ökologischen oder öko-sozialen Marktwirtschaft“ sind für das Vorhaben eines Umbaus und gezielten Schrumpfens erwünschte Verbündete, aber man darf fragen, ob die dort verwendeten Begriffe taugliche Begriffe sind. Die Rückkehr zu einem „Rheinischen Kapitalismus“ mit teils selbst auferlegten, teils staatlich vorgegebenen Beschränkungen und Regulierungen mag praktisch in die gleiche Richtung gehen. Doch an den Brennpunkten stellt sich die Frage, ist eine „Marktwirtschaft mit schönen Beiwörtern“ zuletzt doch vom Markt her gesteuert, also vom Imperativ der privaten Gewinnsteigerung? Oder eben nicht vom Markt, sondern von der Zivilgesellschaft in Verbindung mit dem Staat, also von den konfliktreich ausgehandelten Anforderungen des Gemeinwohls. Sollen Märkte, soll das Machtgleichgewicht der Marktkräfte, soll die private Bereicherung über den Markt das Wirtschaften bestimmen?

Ein Wirtschaften im Dienst des Gemeinwohls, das verlangt nach Konflikten und stets erneuertem Konsens über das Verhältnis von privater Bereicherung einerseits und andererseits der Mehrung der Gemeingüter. Markt, wenn er sich überlassen bleibt, bewirkt stets größer werdende Machtunterschiede zwischen den Marktparteien. Nur das Eingreifen der Zivilgesellschaft, am besten in Verbindung mit staatlicher Regulierung, kann dem entgegenwirken.

Die Finanzindustrie schrumpfen und neu orientieren

Der fällige Umbau des Wirtschaftssystems ist in erster Linie ein Umbau der Finanzindustrie. Denn Geld, seine Gültigkeit und ausreichender Zufluss, ist ein zentrales Moment von Gemeinwohl. Geld ist ein Gemeingut – es darf nicht privater Willkür überlassen werden. Kredit ist das zentrale Instrument wirtschaftlicher Entfaltung; die darauf spezialisierten Unternehmen, die Banken sind eminent wichtige Faktoren des Gemeinwohls. Den Kredit organisieren, das ist die legitime und das Gemeinwohl fördernde Aufgabe für Banken, ihr Kerngeschäft.

Doch in den letzten Jahrzehnten haben die Banken diese für sie spezifische Aufgabe in unterschiedlichem Ausmaß vernachlässigt. Banken, auch viele große Unternehmen der Realwirtschaft und zuletzt auch Gemeinden und Staaten haben sich ins Wettgeschäft verwickelt. Dort lief die große Bereicherung, dort wurde der große Absturz vorprogrammiert.

Diese Teile der Finanzindustrie können ohne Schaden schrumpfen und sollen geschrumpft werden. Keine Ableger im Wettgeschäft, keine Ableger in Steuer- und Regulierungssoasen! Die Redimensionierung der Finanzindustrie erlaubt es einem derart schlankeren Bankensektor, sich auf das Kerngeschäft zu konzentrieren, das Organisieren von Kredit.

Schrumpfen kann und soll auch der größte Teil der auf das Wettgeschäft eingestellten Analyse- und Ratingagenturen. Selbstverständlich bleibt es den Banken und anderen Unternehmen unbenommen, für sich ei-

gene Dienste zur Analyse und Bewertung zu unterhalten, doch der in den letzten Jahrzehnten vorgespiegelte Anspruch, solche Dienste würden, obwohl zumeist im Eigentum oder unter Kontrolle der Banken, gleichsam „objektive“ Bewertungen liefern, soll aufgegeben werden.

Damit stellt sich ein schwerwiegendes Problem. Kredit ermöglicht Investitionen, und deren Bewertung im Blick auf Ergiebigkeit und Verlässlichkeit der Schuldenbedienung ist die genuine Aufgabe der Banken; niemand kann sie ihnen abnehmen.

Doch im Blick auf das Gemeinwohl – die sozialen und ökologischen Wirkungen, die Nachhaltigkeit der Investition – kann die Bewertung nicht den Banken (allein) zugemutet werden. Analyse und Bewertung im Blick auf die Nachhaltigkeit von Investitionen ist die öffentliche Aufgabe schlechthin, sie muss unter öffentlicher Kontrolle organisiert sein, also von der Zivilgesellschaft unter Einbeziehung staatlicher Institutionen. In diesem eingeschränkten und präzisierten Sinn geht es um die Demokratisierung der Investitionsentscheidungen. Die rentabelste Investition ist nicht notwendig die für das Gemeinwohl beste, und oft ist sie die schädlichere.

Diese Neuorientierung verlangt vermutlich ein drastisches Auswechseln des Personals der Ratingagenturen, jedenfalls andere Kriterien der Auswahl und Weiterbildung. Gebraucht werden keine Bereicherungsexperten, sondern Experten in der Kommunikation über das Verhältnis von Gemeingütern und privater Bereicherung.

Ebenso drastisch die notwendige Änderung in der Entlohnung der Spitzenmanager. Die üblich gewordene Überbezahlung, speziell durch Prämien, die an kurzfristige Gewinne gebunden sind, hat zu einer negativen Auswahl der Führungspersonen und überhaupt der Rekrutierung und Weiterbildung geführt. Gerade die schlimmsten Verluste sind durch derart überbezahlte Manager verursacht worden. Wenn gesagt wird, nur laufend überhöhte Einkommen (wobei die Mimesis der Manager der einzige sachliche Grund ist!) würde „gute“ Manager an die Spitze bringen, so widersprechen dem Erfahrung und Forschung. Gute Arbeit verdankt sich einer intrinsischen Motivation – eine gute Sache gerne machen – sowie der gefühlten Anerkennung durch die Umgebung; Entlohnung ist zweitrangig. Besonders schädlich wirken die Prämienversprechen, wenn sie an kurzfristige monetäre Bewertungen des Unternehmenserfolgs gebunden sind. Solche Prämien sind nicht allein entbehrlich sondern kontraproduktiv.

Alle reden jetzt von der nötigen Regulierung der Banken, doch was ist damit gemeint? Bürokratisch den „gierigen Bankern“ das Leben schwer machen? Stabileren Verhältnisse für die private Bereicherung schaffen? Oder zielt im Gegenteil die Regulierung auf eine radikal gewandelte Operationsweise der Finanzindustrie? Nur das Kreditgeschäft, nicht die in den letzten Jahren betriebene Ausweitung von Wetten, ist das Kerngeschäft der Banken, nur dieses verdient öffentli-

che Anerkennung und Förderung. Die Lizenz für alle Institute der Finanzindustrie wird gebunden an den Nachweis des Nutzens für die Gesellschaft. Banken werden verpflichtet, ihr Anlagenportfolio detailliert, übersichtlich und leicht auffindbar zu veröffentlichen. Nur so kann die öffentliche Kontrolle – durch Kunden und andere Akteure der Zivilgesellschaft und durch staatliche Einrichtungen – real werden.

Wachsen und gezielt Schrumpfen

Das zentrale Dogma der letzten Jahrzehnte hieß „Wachstum“. In der Krise ist der Zweifel daran lauter geworden. Exponentielle Ausdehnung ist nicht allein ökologischer Selbstmord, unter dem Vorrang der Finanzindustrie mündet sie schon davor in immer heftigere Zyklen von Blasen und Abstürzen.



Mit freundlicher Erlaubnis von © Klaus Stuttmann
(www.stuttmann-karikaturen.de)

Übrigens: mit den VertreterInnen der Religionsgemeinschaften, die jedes Jahr mit uns zusammen den interkonfessionellen kalender herstellen, haben wir ganz andere, positive Erfahrungen gemacht...

Also gilt es zu unterscheiden zwischen drei Typen wirtschaftlicher Ziele:

1. Erwünschtes Wachstum
2. Riskante Ausdehnung als Folge der Unternehmenslogik
3. Gezieltes Schrumpfen

Niemand wird es bestreiten: das Begehren der Menschen hat keine inneren Grenzen. Ein Mehr an manchen Gütern, ob als Waren oder Gemeingütern wird angestrebt, und soweit dieses Mehr in sozial und ökologisch nachhaltiger Weise erbracht wird, handelt es sich um ein erwünschtes Wachstum. Für Milliarden Menschen ist solches Wachstum Teil ihres Aufstiegs zu einem würdigen und friedvollen Leben.

Anders verhält es sich mit der Expansion speziell in den reichen Industrieländern, die nach dem nötigen Aufholen nach den Kriegszerstörungen aus einem Grund expandierten, der mit den Notwendigkeiten der Existenz und mit einem Leben in Würde und Frieden nichts zu tun hat: Eine Expansion rein aus der Systemlogik von Unternehmen. Sie brauchen Gewinn, jedenfalls wenn sie auf Kredit angewiesen sind.¹ Es ist diese Steigerung der Gewinne und Vermögen aus Unternehmenslogik, die den Treibstoff für die zunehmenden Destruktivität liefert, vor allem in Form der Dominanz der Finanzindustrie mit ihren Zyklen von Blasen und Abstürzen. Eine unternehmerische Wirtschaft braucht daher als Gegenbewegung ein gezieltes Schrumpfen.

Was soll geschrumpft werden? In erster Linie die auf Wetten fixierten Teile der Finanzindustrie, wie eben ausgeführt. Doch Schrumpfen sollen auch Naturzerstörende Industrien und der mit diesen Industrien verknüpfte Konsum. Schrumpfen können unfreiwillige Arbeit und die entsprechenden Teile des Arbeitsmarkts. Sobald die Balance zwischen Destruktivität und Produktivität sich wendet, kann zwanghafte Erwerbsarbeit schrumpfen zugunsten frei gewählter Tätigkeit. Wachsen können dadurch lebensfreundliche Tätigkeiten und Güter, mannigfache Formen von Solidarwirtschaft.

Doch für alle Varianten eines solchen Umbaus ist das gezielte Schrumpfen der Finanzindustrie und die Neuorientierung der Banken die Voraussetzung. Welche Methoden, welche Institutionen, welche Prozesse dafür geeignet sind, da öffnet sich ein weites Feld der Auseinandersetzung und des Konsenses.

Die aktuelle Zuspitzung: Abschöpfen der großen Vermögen

Die angestrebte Regulierung der Finanzindustrie ist nicht ablösbar von der Antwort auf die Frage: Wie kann ein politischer Prozess angestoßen werden, der das Paradigma der privaten Bereicherung – auf Kosten

- (1) „Auf diese Weise entwickelt sich der Wirtschaftskreislauf zu einer Wachstumsspirale, zu einem Perpetuum mobile, indem das Wachstum der Produktion mit Hilfe der Geldschöpfung die Voraussetzung dafür schafft, dass Gewinne entstehen, und mit den Gewinnen wieder die Voraussetzung dafür, dass Geld als Kapital eingesetzt und so ein weiteres Wachstum möglich wird.“ Hans Christoph Binswanger, Die Rolle von Geld und Kapital in unserer Gesellschaft, in Aus Politik und Zeitgeschichte 26/2009, Bonn, 5.
- (2) Siehe Stephan Schulmeister, Der Boom der Finanzderivate und seine Folgen, in Aus Politik und Zeitgeschichte 26/2009, Bonn, 13 f.

der Gemeingüter, der Schwächeren, der natürlichen Lebensgrundlagen – ersetzt durch das neue Paradigma eines gut-Lebens.

Die aktuelle Zuspitzung liegt auf der Hand. Die private Bereicherung lässt nicht allein die Schere zwischen reich und arm auseinanderklaffen. Sie ermöglicht das Anhäufen jener großen Privatvermögen, die – oft mittels fremdem Geld – erst die spekulativen Blasen und ihr systemgemäßes Platzen bewirken. Die Abschöpfung der großen Vermögen ist daher nicht allein eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit, sondern auch und vor allem der Eckstein eines Umbaus der Finanzindustrie.

Ein kleiner, aber rasch zu gehender Schritt ist die Besteuerung der Finanztransaktionen. Eine Europäische Union, sobald sie in Richtung eines auch global handlungsfähigen Staates vorangeht, kann eine Finanztransaktionssteuer durchsetzen.²

Dazu braucht es eine aus der Zivilgesellschaft hervorgehende politische Bewegung, die sich die dafür nötigen Hebel, also geeignete Prozesse und Institutionen schafft. Freilich, gegenwärtig sind der Staat, die Staaten Europas Teil des Problems, nicht der Lösung. Ein europaweit handlungsfähiges Economic Government ist ein realistisches Etappenziel. Eine Global Finance Authority, zugleich global machtvoll und partizipativ organisiert, ist der Horizont, vor dem der politische Prozess organisiert wird.

Ausblick: Was sind die realen Alternativen?

Ist die Chance der Krise schon versäumt, die Dominanz der Finanzindustrie ungebrochen? Schon verkündeten Spitzenbanker wieder öffentlich, 25% Rendite seien die Norm. Damit wäre die nächste Blase vorprogrammiert, also der nächste Schub an destruktivem „Wachstum“, dann das systemgemäße Platzen der Blase, mit voraussichtlich schlimmeren Folgen als in der gegenwärtigen Schrumpfung. Oder – die Alternative – wird eine Bewegung in der Zivilgesellschaft politisch den nötigen Umbau bewirken: Banken als Dienst an der Wirtschaft – die selber als Dienst am Gemeinwohl organisiert wird?

Bleibt es beim derzeit gültigen ethischen Paradigma: „Bereichert Euch!“ oder wird das gegenteilige Paradigma kommuniziert: „Ein geteiltes Leben ist ein gutes Leben!“ Der Testfall dafür ist die Einführung des allgemeinen, unbedingten Grundeinkommens.

Der Text bezieht sich auf das Referat am 28. April 2009 in Graz, in der Reihe „Schubumkehr“, Wissenschaftsgespräche veranstaltet vom Kulturzentrum bei den MINORITEN in Kooperation mit der KF-Uni Graz und der Med-Uni Graz. Dieser Beitrag wird zusammen mit den anderen Vorträgen und Statements der Wissenschaftsgespräche bei den Minoriten 2009 „Schubumkehr - Rückbau als Vision und niemand stürzt ab“ demnächst in einem Sammelband veröffentlicht.

Gerechtigkeit als politisches Problem

Klaus Pinkas

Wenn die Ärmern von Gerechtigkeit reden, wollen sie mehr Geld; wenn die Reichen aber auf Gerechtigkeit hin angesprochen werden, halten sie das Anliegen für Neid. Gerechtigkeit ist natürlich kaum eine Denkkategorie der Reichen, eher schon ist Gier ihr Motiv. Und wer gierverhaftet ist, braucht Neid nicht zu denunzieren. Ich jedenfalls bin es satt, wenn auf jeden Gerechtigkeitsvorstoß die Neidhämme folgt; es braucht sich durch diese niemand moralisch geohrfeigt zu fühlen und wir können die Interessenwahrnehmung auch ohne die scheinheiligen moralischen Untergriffe führen.

Meine Pension entspricht dem unteren Rand des Mittelstandes – und deshalb positioniere ich mich in der Gruppe der unteren Einkommen. Viele mit einem mittleren Einkommen hingegen fühlen sich den Reichen zugehörig und versprechen sich mehr Vorteile, wenn sie in deren Geist denken, reden und handeln; ich glaube das nicht. Kompliziert wird das Thema allerdings dadurch, dass die Menschen durch gegensätzliche Tendenzen geleitet werden: Sie wollen anderen gleich sein und doch auch verschieden. So schauen Leute mit Arbeit auf die hinunter, die keine Arbeit haben. Die Sozial-schmarotzer-Debatte wird zusätzlich von den Reichen im Sinne von „teile und herrsche“ genützt, um ihr eigenes Vermögen aus dem Schussfeld zu bekommen. In den Filmen und der Regenbogenpresse hingegen wird der Reichtum zur Anbetung freigegeben – und diese Chance des virtuellen Genusses wird auch erstaunlich oft und gerne angenommen. Kritisch sind die Leute normalerweise nur innerhalb ihrer Etage, höhere Etagen werden gewöhnlich verehrt. Prachtentfaltung ist ein alter Trick von Kirche und Adel – und tatsächlich: der Trick funktioniert immer noch. Ein anderes, ziemlich attraktives Neidobjekt sind die Ausländer im Inland; dabei stellen diese nur ein relativ geringes Problem dar gegenüber den Wirtschaftssklaven im fernen Ausland.

Nachdem ich nun die emotionale Positionierung angesprochen habe, kann ich mich davon unbelastet dem Thema „Wirtschaftssystem und Verteilungsgerechtigkeit“ zuwenden. Vorerst ein Blick auf die Geschichte; Episoden, von denen wir den Schluss kennen, eignen sich gut als Denkanstöße. In der Gegenwart stecken wir mitten im Prozess und können auf die Zukunft (oder das Ende) nur schließen – und dafür sind geschichtliche Beispiele wertvoll.

Als das junge Christentum im Alten Rom Fuß fasste, kam es zu einem Konflikt: das Römische Reich fußte auf Sklavenwirtschaft, die (ursprünglichen) Christen lehnten diese Wirtschaftsform ab. Sie wurden deshalb von Nero & Co verfolgt – die Kaiser wussten offensichtlich nicht, dass die Sklavenwirtschaft die Gesellschaft viel mehr schädigen würde als die Christen. Durch die Konkurrenz der Sklaven und die Billigimporte aus Afrika verloren die Bauern und Gewerbetreibenden Italiens ihre

verdiente Existenz und verkamen zum Proletariat. Mit Leuten, die auf Wahlgewinne angewiesen waren, war kein Staat zu machen; das Reich ging unter.

Es ist ein häufiges Phänomen, dass Bewegungen nach einiger Zeit nicht mehr dem ursprünglichen Ziel zustreben, sondern die zuvor bekämpften Bedingungen ihres Aufstiegs herstellen, um so die alte Rechtfertigung zu erhalten und sich für ihre alte Idee belohnen zu lassen (Raiffeisen-Kassa und Kommunismus sollen hier als Beispiele genannt werden). So hat auch das Christentum vom Mittelalter ausgehend bei der Einführung und Erhaltung einer Sklavenhaltergesellschaft mitgewirkt, die bis ins 19. Jahrhundert andauerte. Die Leibeigenen Europas wurden als Quasisklaven gehalten, die Afrikaner waren echte Sklaven im Römischen Sinn; die entsprechende Gesellschaftsform war der Feudalismus; ihr gestaltender Faktor war die Erbfolge und ihr Wesen der Wohlstand der wenigen zu Lasten der vielen.

Als Gegenbewegung kam der Liberalismus (Theorienbildung durch Adam Smith und David Ricardo um 1800), seine Triebfeder war das individualisierte Leistungsprinzip. Im Laufe des 19. Jahrhunderts löste er den Feudalismus ab und war für viele eine Erlösung und

Neu im Buchhandel

Scheinrebellion

Das Geschäft mit der Konsumkritik

Eine konsumkritische Haltung gehört heute zum guten Ton. Immer mehr Menschen verpönen die Global Player und lehnen all den Verpackungs- und Reklamerummel ab. Die Konsequenz: Bioprodukte boomen, Modelabels, die sich von industrieller Massenfertigung abwenden, feiern Triumphe, und populärwissenschaftliche Gesellschaftskritiken halten sich wochenlang auf den Bestsellerlisten. Das Geschäft mit der Konsumkritik läuft also gut. Und so scheint die vielbeschworene Gegenkultur schon lange nicht mehr revolutionär, sondern purer Mainstream zu sein. Konsumrebell - ein scharfsinniges Buch über Scheinrebellion, falsch verstandenen Individualismus und die Rückkehr zum politischen Handeln.

Joseph Heath, Andrew Potter
Konsumrebell

Der Mythos der Gegenkultur

Aus dem Englischen von Thomas Laugstien

432 Seiten, geb., 516 g.

EUR 17,80 (D)

ISBN 978-3-936252-20-0

Befreiung, insbesondere für die Bauern und die bürgerlichen Unternehmer. Andere, insbesondere die Arbeiter, die jetzt in Massen entstanden, kamen allerdings unter die Räder. Dieses Problem wurde von Kommunisten und Sozialisten mit anfangs geringem Erfolg angesprochen; der Ruf nach Solidarität ist nur teilweise angekommen. ein Grund für die Beseitigung der größten Übel war sehr Profan: Einführung der Krankenkassen, um durch ärztliche Versorgung die Kriegstauglichkeit der Männer zu erhalten. Das soziale System reichte bei weitem nicht aus, um eine taugliche Organisationsform zu schaffen: der Erste und der Zweite Weltkrieg waren das Ergebnis – der gedachte Ausweg – aus einer gescheiterten Wirtschaftsorganisation.

Geläutert nach 1945 fanden sich jedenfalls in den westeuropäischen Staaten die verschiedenen Interessensvertreter zusammen, um möglichst für alle Gruppen würdige oder zumindest tragfähige Lebensverhältnisse zu schaffen (in Österreich ist das System unter „Sozialpartnerschaft“ bekannt geworden. Die Konservativen schränkten die Idee des Liberalismus auf die christliche Soziallehre ein. Diese beinhaltet einerseits die „soziale Verantwortung des Kapitals“; diese Idee kommt aus der Katholischen Soziallehre und wurde in den Sozialenzykliken 1871 und 1931 formuliert. die „Mitbestimmung der Arbeiter im Betrieb“ andererseits wurde von den Evangelischen Kirchen eingebracht. Die Linke rückte ebenfalls von Radikalforderungen ab und verzichtete auf die „Diktatur des Proletariats“ und bekannte sich zur Demokratie; so konnten sich Rechts und Links friedlich miteinander treffen. die Kämpfe um die Verteilung des Einkommens fanden weder am Markt, wo die Unternehmer Startvorteil haben, noch auf der Straße, wo die Arbeiter begünstigt sind, statt, sondern in entsprechenden Gremien.

Aus heutiger Sicht kann man der damaligen Sozialordnung vorwerfen, dass sie sich um die ökologischen Belange nicht gekümmert hat; es gab eben keine Interessensvertreter für zukünftige Generationen; der „Verbrauch von Umwelt“ hielt sich jedenfalls bis in die Siebzigerjahre auf ungleich niedrigerem Niveau als heute.

Sehr hilfreich für den sozialen Frieden war in den ersten dreißig Jahren dieser Periode die Angst vor dem Kommunismus, die dazu führte, dass die wirtschaftlich mächtigen (die Unternehmer) nur schamhaft und sozusagen sozial verträglich abräumten. Man muss der Hölle nicht nachweinen, aber die Angst vor dem Teufel hat in Westeuropa viel zu einem sozial guten Klima beigetragen. Dies wird jedenfalls deutlich, wenn man die Entwicklung nach dem Fall der Sowjetunion anschaut; manche wirtschaftlich mächtige begannen sich schamlos zu bedienen. Der Rechtsruck zeigte sich auch in der Politik in Österreich, er führte etwa zur Abschaffung der

Vermögenssteuer und der Kapitalverkehrskontrolle 1993). Weltweit kam es zur Öffnung der Märkte (Globalisierung mit der WTO).

In den 60er Jahren hatte sich herausgestellt, dass das Verhältnis von Produktion und Nachfrage nicht mehr ausgewogen war; die Produktionskapazitäten überstiegen den

Konsum (Bedarf + Kaufkraft). Das Hippitytum kam mit der Idee, bei Leistungsverzicht sich den Konsum finanzieren zu lassen – dieser Gedanke war revolutionär und bedrohte die Wirtschaftsform; die Gesellschaft fürchtete sich vor einer Schmarotzerkultur und tatsächlich war „die Wirtschaft damals stärker und gewann die Auseinandersetzung. Doch Gelöst von seiner emotionalen Höhe lebt der Gedanke als „erwerbsfreies Basiseinkommen“ als rationaler Lösungsvorschlag weiter – und kommt nach wie vor der Wachstumsideologie in die Quere. Die Strategie der Wachstumsideologen war die weltweite Öffnung der Absatzmärkte; der GATT wurde zur WTO, die diesem Ziel besser diente.

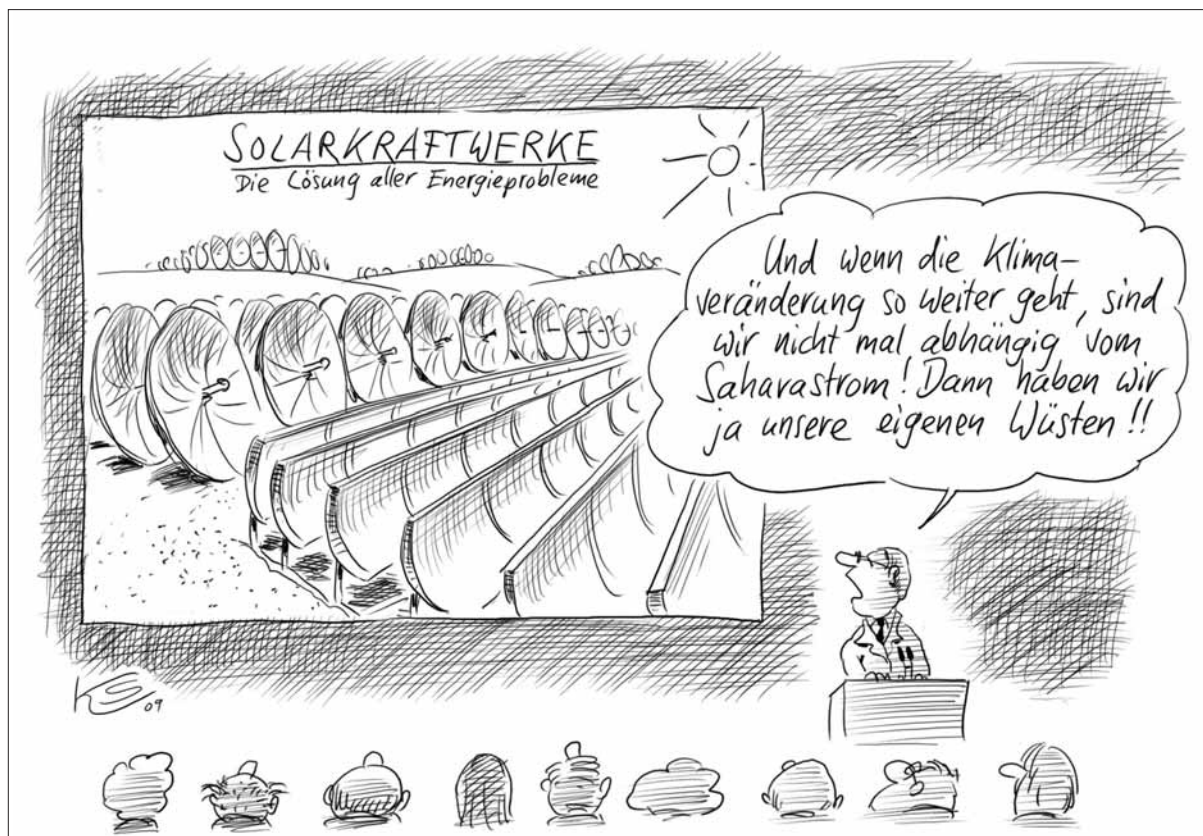
Eine Zeitlang ging das auch recht gut: man konnte etwa Textilmaschinen exportieren und zusätzlich durch den gewaltigen Unterschied der Arbeitskosten große Gewinne einstreichen. Aber zum großen Erstaunen und zur Überraschung (!) der Europäer und Amerikaner fanden sich etwas später Schiffsladungen von konkurrenzlos billigen Produkten vor unseren Häfen (vor einigen Jahren wurde etwa die Entladung von Unterwäsche medienwirksam ein bisschen verweigert). Die Dritte Welt und die Entwicklungsstaaten bringen als Handelspartner nur individuell hohe Gewinne, lösen wegen ihrer Arbeit zu Sklavenbedingungen aber nicht das strukturelle Ungleichgewicht von Produktion und Konsum.

Das Gegenteil ist der Fall – wir exportieren maschinengefertigte Produkte (geringe Arbeitszeit) und importieren Produkte mit hohem Arbeitszeitanteil; das ergibt eine negative Zeitbilanz und damit eine weitere Bedrohung der Arbeitsplätze. Und das Problem der großen Produktionskapazitäten und der schwächelnden Nachfrage ist nur noch stärker geworden und unsere Gesellschaft ist in den rechten Straßengraben gefahren. Dabei ist es kein Trost, dass die Sowjetunion im linken Straßengraben verendet ist, aber man kann daraus lernen, dass es sowohl linke als auch rechte Straßengraben gibt – und dass Extremhaltungen von vornherein untauglich sind.

Die Technisierung, die erstaunlicherweise nach wie vor als „Rationalisierung“ bezeichnet wird, verunmöglicht jährlich 3 bis 5 Prozent der Arbeitsplätze – als Antwort darauf bietet sich Wachstum an. (Die Umwelt schreit auf!) Nach der Denkweise der Rechten muss das Wirtschaftswachstum im Konkurrenzkampf ermöglicht wer-

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber: „SOL - Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil“, 1140 Wien, Penzinger Str. 18/2. Redaktionsanschrift: 7411 Markt Allhau 5. Druck: Europrint, Pinkafeld. DVR 0544485. ZVR Nr. 384533867. Namentlich gezeichnete Artikel drücken die Meinung des Autors / der Autorin aus.

Spenden bitte an Konto-Nr. 455 015 107 (lautend auf SOL) bei der Bank Austria (BLZ 12000).
Für Spenden aus dem Ausland: IBAN: AT56 1200 0004 5501 5107, BIC = BKAUATWW



Mit freundlicher Erlaubnis von © Klaus Stuttmann (www.stuttmann-karikaturen.de)

den. Es ist zwar offensichtlich, dass es sich weltweit nur um ein Nullsummen-Spiel handeln kann und dass dabei nur partielle Siege zu erringen sind. Aber was bleibt, ist der Kampf: „Unsere Wirtschaft ist die Fortsetzung des Beutekrieges mit scheinbar friedlichen Mitteln“.

Ich polemisiere nicht gegen den Fortschritt, mache mir nur Gedanken über seine Geschwindigkeit. Wenn der technische Fortschritt so schnell ist, dass die sozialen Probleme nicht mitgelöst werden können, ist die Entwicklung von fragwürdigem Wert und der Staat muss zu seiner Beschleunigung nicht noch beitragen. Zur Harmonisierung der beiden Entwicklungen (der technischen und der sozialen) würde die vielverhöhte Maschinensteuer beitragen, etwa Sozialabgaben nicht nur auf Arbeitseinkommen, sondern auf den Umsatz eines Unternehmens. Ich kenne schon das Geschrei gegen einen solchen Vorschlag und das Hauptargument dagegen, nämlich die Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit im Außenhandel. Das ist aber ein schwaches Argument, denn der Binnenhandel der EU beträgt 80 % ihres Gesamthandels; eine EU-weite Einführung wäre damit durchaus möglich. Dagegen steht allerdings die „Konkurrenzkampf-Ideologie“ der Rechten und Solidarität tut sich auf einem Schlachtfeld immer schwer.

Die Betrachtung der Einkommen zeigt, dass die geringen überwiegend in den Konsum gehen, die hohen aber kapitalbildend wirken. Es gibt Zeiten bzw. Regionen, in denen Kapital äußerst nützlich ist, etwa nach Kriegen zum materiellen Wiederaufbau. Aber weil auch der gute Zweck das schlechte Mittel nicht heiligt

(sondern das schlechte Mittel den guten Zweck korrumpiert) muss man auch nach der Entstehung des Kapitals fragen. Wenn etwa die Kredite, die nach Osteuropa fließen, aus den Gewinnen kommen, die im Handel durch die Arbeitskosten-Differenz in Westeuropa entstehen und die Osteuropäer dafür noch Zinsen zahlen müssen, so ist das eine ziemlich fragwürdige Vorgangsweise – Deutschland und Österreich bekamen nach 1945 ERP-Mittel, und das war eine echte Hilfe, die nicht zurückgezahlt werden musste. schlimmer als in Osteuropa gehen wir noch mit der Dritten Welt um, aber das will ich hier nicht zum Thema machen. Und weil mit dem Geld der Reichen Investitionen getätigt werden und für die Konsum-Kaufkraft wenig überbleibt, verschärfen die Einkommen der Reichen das Problem der Instabilität mehr als dass sie es lösen. Die Staaten bemühen sich redlich, Kapital anzuziehen; weil aber durch die Stagnation der Kaufkraft auch die Investitionstätigkeit gedeckelt ist, geht das meiste doch schon in die Spekulation: ein Fass ohne Boden, aber mit Explosionskraft. Ich komme auf die Einleitung zurück und wiederhole hier, dass wir das Spannungsverhältnis von reich und arm gar nicht emotional, sondern durchaus rational abhandeln können.

Weil von den Spekulanten offensichtlich (rechtlich) keiner schuld ist, kann man von ihnen keinen Schadenersatz verlangen. Aber was wir können, ist, zukünftiges Leid verhindern. Es wird notwendig sein, die Kapitalismustendenz, die seit dem Fall der Sowjetunion stark geworden ist, zurückzudrängen. Von den Produktionsmitteln Kapital, Arbeit und Umwelt“ steht nur das Kapital

außerhalb staatlicher Aufsicht. Dabei stehen die Produktionsmittel Kapital und Arbeit im Überangebot zur Verfügung (siehe Kreditblase und Arbeitslosigkeit); die Umwelt hingegen und die zur Wirtschaft gehörende Kaufkraft sind „Mangelware“. Weil es den Linken darum geht, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen, ist es in der letzten Zeit zur Allianz der Rechten und der Linken im Kampf gegen die Umwelt gekommen – den zunehmenden Verbrauch von „Welt“, nicht bloß um ihre Nutzung. Dass wir mit diesem Verhalten an unserer menschlichen Intelligenz vorbei auf die „Intelligenz von Viren und Bakterien“ abgesunken sind, stellt ein beachtliches Problem dar: So wie diese scheuen wir uns nämlich nicht, „unseren Wirt“ massiv zu schädigen.

Diese Kurzsichtigkeit geht auf das gegebene System zurück. Wer Kapital hat, kann ziemlich frei darüber verfügen und zu viele von diesen tun das im vorwiegenden Interesse von Gewinn. Und daran erkennt man die deutliche Kapitalismustendenz in unserer Zeit. Kapitalismus ist ein Herrschaftssystem – gibt es ihn, müssen die Staaten tun, was ein oder einige Kapitalisten wollen; wie sich zeigt, wird der Mittelstand gedrückt und die Armut erhöht. Kapitalismus ist nicht ein System, das durch eine Verfassung eingeführt werden muss; es genügt, dem Kapital so viel Freiheit zu lassen, dass sich Kapitalagglomerationen bilden können – und wo uneingeschränkte Macht ist, da ist ihr Gebrauch und ihr Missbrauch nicht weit.

Ich habe oben die Raiffeisenkassen erwähnt, die im 19. Jahrhundert wesentlich an der Befreiung der Bauern mitgewirkt haben und heute mehr als ihre Herrscher angesehen werden. Und der Kommunismus versprach den Arbeitern nicht nur Freiheit, sondern sogar Herrschaft; und die weitere Proletarisierung war der Fall. Aber auch die Nutznießer und Drahtzieher des heutigen Wirtschaftssystems führen den Liberalismus im Mund und ihre Herrschaft im Schild und arbeiten daran. Man mag Warner wie mich für hypersensibel halten – für mich jedenfalls ist eine Rückkehr zum Feudalismus gut zu erkennen. Mit dem Neoliberalismus hat sich der Liberalismus still und erfolgreich in eine Art Kapitalismus gewandelt und wir sind auf dem Weg zum Feudalismus. Das unbestrittene Auseinanderdriften von den hohen und den niederen Einkommen sowie die Abschaffung der Erbschaftssteuer und die Gestaltung des Stiftungsrechtes zeigen die Reifeudalisierung deutlich an.

Durch Staatsversagen in der Aufsicht über den Kapitalgebrauch ist das Wirtschaftssystem aus den Rudern gelaufen: das Teilsystem Wirtschaft herrscht über das Gesamtsystem Staat – das ist bedenkenswert! Der Liberalismus war zu seiner Entstehungszeit eine gute und notwendige Idee; schlecht aber ist es, wenn eine Idee zur Ideologie gemacht wird und andere gute und notwendige Ideen zurückgedrängt werden. Nun ist die Demokratie gefordert; sie soll den vielen guten Ideen, die für eine funktionierende Gesellschaft notwendig sind, den Rang und den Raum geben, der für die Lösung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme notwendig ist. In den bereits industrialisierten Ländern kämen Kapi-

talbegünstigung und Produktionssteigerung in diesem Ranking jedenfalls ziemlich weit nach hinten.

der „Markt“ ist ein Platz der Begegnung von Verkäufern und Käufern, er ist an sich wertneutral, fungiert aber als Indikator und repräsentiert die gesellschaftlichen Lebens- und Machtverhältnisse. Durch eine Abschaffung des Marktes wie in der Sowjetunion ist nichts gewonnen; es wird nicht die Kälte abgeschafft, sondern nur der Thermometer zerschlagen. Dieses System ist gescheitert. Aber offensichtlich ebenso dumm ist es, wie es nach dem Fall des Kommunismus passiert ist, den Markt als oberste Instanz für Wirtschaftsentscheidungen wirken zu lassen, denn so gibt man den ohnedies herrschenden Wirtschaftskräften freie Hand zur Durchsetzung ihrer Interessen. Nicht nur im Bereich des Sozialen, sondern insbesondere auch bei ökologischen Fragen hingegen werden unangenehme Entscheidungen auf die Kunden überwälzt. Diese sind nun wiederum sowohl intellektuell als auch ethisch überfordert. Die, die sich für die Gesellschaftsverwaltung bezahlen lassen, die Politiker nämlich, entziehen sich ihrer Verantwortung, obwohl sie einen ganzen Verwaltungs- und Wissenschaftsapparat zur Verfügung haben (the invisible hand of the market is unsensible and therefore insufficient“).

Und so geht es weiter: Erstaunlicherweise ist kaum jemanden aufgefallen, dass man zwar für den Kauf von Gütern und Dienstleistungen 10 bis 20 % Mehrwertsteuer bezahlen muss; beim Kauf von Währungen oder von Aktien isst jedoch keine Rede davon. Wenn man ein Haus kauft, stellt sich der Staat mit einer entsprechenden Steuerforderung ein; verkauft man dieses Haus wieder, so wird der nächste Eigentümer auch wieder zur Kasse gebeten. Bei Aktien ist keine Rede von einer solchen Behandlung – „den Spielplatz der Reichen kann man also steuerfrei benutzen“ – die Habenichtse haben aber nichts von diesem Privileg; für alles was sie kaufen können, müssen sie Mehrwert-Steuern bezahlen.

Auch der Handel mit fremden Währungen ist steuerfrei; Währungen als Spekulationsobjekt privat nutzen zu dürfen, ist eine ganz besonders komische Sache. Am Wert der Währung müssen alle Teilnehmer der Volkswirtschaft mitwirken, sie ist also ein öffentliches Gut. Eine private Nutzung als Spekulationsobjekt widerspricht also der Regel, dass man nur eigenes Vermögen nutzen darf. Wenn es gelänge, fremde Währungen nur zur Abwicklung von Warengeschäften steuerfrei beschaffen zu lassen, so würde sowohl der Stabilität als auch den notleidenden Staatskassen gedient sein.

Langsam und zögerlich beginnt man von einer (Geld)-Transaktionssteuer zu reden – eine Steuer im Promillbereich. Selbst bei dieser privilegierten geringen „Höhe“ kommt auf Grund der enormen Geldflüsse viel Geld herein, das nicht nur der Gerechtigkeit, sondern auch dem staatlichen Einkommen gut tun würde. Bei einer superprivilegierten Höhe von 5 Promille käme bei einer solchen Umsatzsteuer für Geld/Geld-Geschäfte sowie Aktienkäufe ein Betrag in die Staatskassen, der

etwa so hoch ist wie die derzeitigen Einnahmen aus der jetzigen Mehrwertsteuer (ein Drittel der Staatseinnahmen; für Österreich 20 Milliarden Euro)). Selbst wenn der andere der beiden Zwecke, nämlich die Verringerung der massiven Spekulationsflüsse, wirken würde, bliebe noch ein recht dicker Polster. Wir werden uns auf ihm aber nicht ausruhen können, denn wir werden sehr viel Geld für die Bereinigung der Schäden brauchen, die uns von den Spekulanten eingebrockt worden sind. Und es bleibt doch die Frage: Können die Nutznießer und Drahtzieher der bisherigen Politik die Gerechtigkeit doch noch verhindern? Denn entgegen dem Sprichwort „Wer zahlt, schafft an“ gilt vielmehr: „Wer anschafft, braucht nicht zu zahlen!“

Ich trete für die Aufhebung der Befreiung aller Geld-Geschäfte von der Mehrwertsteuer ein; wenn man das tut, soll man auch sagen, warum die Freiheit einiger dieser Geschäfte ursprünglich gewährt wurde: im 19. Jahrhundert ging es um die Verwirklichung großer Infrastruktur-Projekte, und zwar nicht nur um den Suez-Kanal, sondern auch um die vielen tausend Kilometer Eisenbahnlagen. Um das Geld hierfür bereitgestellt zu bekommen, wurden Aktiengesellschaften mit ihren Spezialrechten geschaffen. Heute hingegen gibt es offensichtlich genug Geld in der Wirtschaft – die Frage ist nur: „In welcher Hand?“. Täglich befinden sich weltweit 1000 Milliarden Dollar auf dem Weg; davon dienen nur 25 Milliarden dem Einkauf von Waren und Dienstleistungen, der Rest ist Spekulationsgeld. Die Aktien dienen heute dem Betrieb von normalen Unternehmen, Banken, Fabriken, Handelsunternehmen etc. Damit ist das vorwiegend öffentliche Interessen diversen Privatinteressen gewichen. Auch dem Größenwachstum der Unternehmen ist durch die Aktiengesellschaften kein Ende gesetzt. Die Staaten bzw. die EU wehren sich nur mit lächerlichen Mitteln gegen die Monopolisierung von Unternehmen, indem ein einziger Kommissär entscheidet, ob irgendwelche Betriebe fusionieren dürfen oder nicht, anstatt dass man dem Größenwachstum progressive Unternehmenssteuern auflastet und so einer Wachstums- und Machtentwicklungstendenz entgegenwirkt. Außerdem kommt dazu, dass Aktiengesellschaften zwar wie die anderen Unternehmer rational geführt werden wollen, durch ihre „Oberinstanz (Aktienbesitzer)“ aber irrationalen Entscheidungen ausgesetzt werden. Also das, was ein guter Grund für die Einrichtung des Aktienrechts war, ist heute zumindest teilweise weggefallen und braucht vom Staat nicht mehr begünstigt zu werden.

Um noch ein Beispiel für die arm/reich-Problematik zu bringen: Mit Reagan begann der Neoliberalismus in den USA; er demontierte die Macht der Gewerkschaften und es kam dadurch zu einem Einkommensverlust der breiten Massen; später kam noch dazu, dass durch die Globalisierung die amerikanischen Arbeiter in Konkurrenz mit den in sklavenähnlichen Verhältnissen lebenden Arbeitern in den Entwicklungsstaaten gestellt wurden. Binnen 20 oder 30 Jahren verloren dadurch die amerikanischen Arbeiter bis zu 40 % ihres Einkommens. Da das Volkseinkommen aber gleich geblieben

ist, gab es ja das Geld in der Gesellschaft – und es wurde auch den Arbeitern zum Haus- und Rentenkauf geborgt, denn das Geld muss ja „arbeiten“. Und das war die Finanz-Blase - ein Problem des Geldes in falscher Hand. Der Platzer jedenfalls war groß genug, um die bereits angeschlagene Finanzwirtschaft der USA kollabieren zu lassen; und diese war wiederum groß genug, um weltweiten Schaden zu stiften.

Im übrigen: Wenn die Einkommen aus den Geschäften mit den Sklavenhalter-Wirtschaften den Sklaven selbst zugute kämen, könnte man das Opfer wenigstens moralisch rechtfertigen; ich sehe aber, dass die Erträge eher den Sklavenhaltern zugute kommen – einigen großen Firmen im Westen und wenigen Privilegierten in den Entwicklungsstaaten.

Ich habe nun einige Beispiele angeführt, die uns lehren könnten, wie wir es nicht machen sollten. Ein Beispiel aber ist vorgekommen, das uns hoffen lässt, doch noch eine nachhaltig funktionierende Wirtschaftsform zu finden: da schwebt mir eine soziale Marktwirtschaft der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg vor Augen, die allerdings um den Ökologiefaktor zu erweitern wäre. Und diese beiden Faktoren sind notwendig, denn eine Wirtschaftsform, die den sozialen Faktor nicht einschließt, wird auch wohl ökologische Probleme kaum lösen können. Wer die (gegenwärtig lebenden Menschen (die er sehen kann) nicht berücksichtigt, dem werden auch zukünftige egal sein. Wie oben beschrieben kam es in den letzten Jahren mit fließendem Übergang zu einer starken Kapitalismustendenz, die zum Feudalismus führt (Ausschluss der Vielen zu Gunsten der Wenigen).

Viele haben den Wandel bis heute noch nicht bemerkt, weil der Markt so verführerisch ist. Und wir freuen uns, dass wir „auf den Märkten“ viele Kaufentscheidungen treffen können - aber die wichtigsten Entscheidungen werden dort nicht ins Angebot gestellt, nämlich: Wie wir mit den Menschen und mit der Umwelt umgehen, bleiben uns und der Politik vorbehalten. Im 21. Jahrhundert ist es eine Schande, Organisationsentscheidungen einem Mechanismus – etwa dem Marktmechanismus – zu überlassen; mechanistische Denkmuster gehören dem 18. und 19. Jahrhundert und sind in allen Sozialwissenschaften außer der Ökonomie schon längst überwunden. Wir sollten in ökonomischen Fragen viel mehr an der Verbesserung unseres Bewusstseins arbeiten, Ideen nicht zu Ideologien verkommen lassen und uns im Rahmen der Demokratie um tragfähige und zukunftstaugliche Entscheidungen bemühen.

klaus.pinkas@a1.net